

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 112.

Freitag, den 15. Mai 1896.

7. Jahrgang!

Der Gewerkschafts-Congress

welcher in vergangener Woche in der deutschen Reichshauptstadt tagte, hat außer der in letzter Nummer unseres Blattes bereits erörterten Angelegenheit der Generalcommission noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Beschlüsse gefaßt, die in unserem Leipziger Bruderorgan in folgender, sehr zutreffender Weise einer Betrachtung unterzogen worden.

In der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung entschied sich der Congress dahin, daß dieselbe überall bei den Gewerkschaften zu empfehlen sei, wo derselben keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstünden. Mit Recht wurde betont, daß man die Gewerkschaften nicht auf Arbeitslosen-Unterstützung verpflichten könne. Das vorliegenden Kongress die wechselnden Conjuncturen des Arbeitsmarktes, von denen die finanziellen Verhältnisse der gewerkschaftlichen Organisationen so stark beeinflusst werden.

Die Unterstützung der Arbeitslosen ist nicht nur eine Sache der Humanität und der Biederlichkeit; ihre Wirkungen gehen viel weiter. Bekanntlich bilden die Arbeiter, die der Socialdemokratie und den Gewerkschaften beigetreten sind, die Elite der gesamten Arbeiterschaft. Indem sie der großen socialen Bewegung unserer Zeit sich angeschlossen, haben sie den Beweis geliefert, daß sie nicht nur Verstand für die Probleme unserer Zeit besitzen, sondern auch Opfer für die Befreiung ihrer Klasse vom kapitalistischen Joch zu bringen bereit sind.

Die Beweglichkeit des Geistes, die zur Teilnahme an dem großen Klassenkampf erforderlich ist, fehlt auch noch bei einem großen Theil des modernen Proletariats und die vorgeschrittenen Arbeiter müssen für diese zurückgebliebenen Klassengenossen die Befreiungsarbeit mit bezorgen. Die Zurückgebliebenen finden sich namentlich da, wo das Massenelend übergrößer und der capitalistische Druck übermäßig stark ist. Diese Arbeiter können keine Zeitungen halten und keine Beiträge für die Kosten der Agitation leisten, die übermäßig lange Arbeitszeit erlaubt ihnen auch nicht, sich mit anderen Dingen als mit dem Erwerb zu beschäftigen.

Die Beweglichkeit des Geistes, die zur Teilnahme an dem großen Klassenkampf erforderlich ist, fehlt auch noch bei einem großen Theil des modernen Proletariats und die vorgeschrittenen Arbeiter müssen für diese zurückgebliebenen Klassengenossen die Befreiungsarbeit mit bezorgen. Die Zurückgebliebenen finden sich namentlich da, wo das Massenelend übergrößer und der capitalistische Druck übermäßig stark ist. Diese Arbeiter können keine Zeitungen halten und keine Beiträge für die Kosten der Agitation leisten, die übermäßig lange Arbeitszeit erlaubt ihnen auch nicht, sich mit anderen Dingen als mit dem Erwerb zu beschäftigen.

Mit dieser nicht zu bestreitenden Thatsache fällt jene namentlich von den Anarchisten aufgestellte Theorie: „Je größer das Elend, desto rascher die Befreiung!“ in sich selbst zusammen. Im Gegentheil können die an der äußersten Grenze des Elends stehenden Proletarier leicht zu einem Gemüthssturz für die ganze Bewegung werden. Karl Marx hat in seinem Capital auf diese Möglichkeit besonders hingewiesen. Wenn der Pauperismus eine gewisse Grenze überschritten hat, so meint der berühmte Doctor der Socialdemokratie, dann macht er die Klasse kampflähm, gleichgültig gegen Alles. An Stelle des lebhaften Anstrebens gegen den Druck von oben tritt eine widerstrebende Ergebung; an Stelle der Schärfe des Klassenkampfes tritt die Stumpfheit einer vollkommenen Resignation. In kritischen Zeiten kann eine solche Masse ohne allzu große Schwierigkeit gegen den Socialismus ausgespielt werden.

Die Gefahr liegt nahe, daß die Arbeitslosigkeit, die so unsägliches Elend im Gefolge hat, Stumpfheit und Apathie unter den Arbeitern verbreitet und der socialen Bewegung dadurch eine Menge von Mittkämpfern entzieht. Man denkt sich einen Arbeiter, der monatelang keine Arbeit finden kann

und im Larbe umherwandern muß, um solche zu suchen. Es kann sehr leicht vorkommen, daß er beim besten Willen überhaupt keine Arbeit findet, denn Arbeit finden ist nicht so leicht, wie unsere behäbigen Maßbürger am Gofentisch glauben machen wollen. Die Noth verleitet den Mann zum Betteln; die Polizei erwischt ihn dabei und er wird als „Vagabund“ und „Landstreicher“ auf den Schub gebracht. Wie leicht wird in solchen Fällen — und man weiß, wie zahlreich sie sind! — die Energie eines solchen Proletariats gebrochen. Er sieht in den Wirkungen des Capitalismus ein „Schicksal“ und ergiebt sich widerstandlos drein.

Man begreift, wie wichtig unter solchen Umständen die Unterstützung der Arbeitslosen ist. Die Gewerkschaften leisten damit der ganzen vorwärtsstrebenden Menschheit einen unschätzbaren Dienst.

Wenn man den Staat resp. die Gesetzgebung zu dieser Frage heranziehen will, so tauchen sofort zwei Probleme auf, das Recht auf Arbeit und die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Das „Recht auf Arbeit“ scheidet heute für uns aus der Discussion aus, denn es ist ein überwindlicher Standpunkt und kann nur in der bürgerlichen Sphäre noch eine ernsthafte Behandlung finden. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist, wenn sie wirksam sein soll, vom heutigen Klassenstaat nicht zu erreichen; sie müßte unter allen Umständen Stückwerk bleiben und könnte nur für einen kurzen Zeitraum Leistungen in Aussicht stellen. Die bureaukratische Staatsmaschine könnte in dieser Beziehung niemals leisten, was z. B. der Verband der deutschen Buchdrucker geleistet hat.

Ginge es nach dem Rechten, so müßte die Gesetzgebung die Sorge für die Arbeitslosen den Unternehmern zuwälzen, aber das wird sie unter den heutigen Verhältnissen nicht thun. Die armen Unternehmer würden ärger schreien, als die wohlhabenden Junker.

Der Congress beschloß auch, dafür zu wirken, daß die Arbeiterinnen mehr zu den gewerkschaftlichen Organisationen herangezogen werden sollen. Das ist durchaus notwendig, wenn die gewerkschaftliche Bewegung mehr Nachdruck bekommen und in dem großen Kampfe zwischen Arbeit und Capital einen mächtigen Factor darstellen soll. Die weibliche Arbeit ist heute sehr im Preise gesunken und bereitet den Männern vielfach eine mörderische Concurrenz. Die Proletarierinnen sollen sich nicht als Gegenwicht gegen ihre männlichen Klassengenossen ausspielen lassen, sondern mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen den capitalistischen Druck führen.

Daran schloß sich der Beschluß, daß die Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung selbst übernehmen sollen. In der That sind bürgerliche Socialreformer eben überall dabei, den Gemeindefürsorge die Arbeitsvermittlung zu übertragen. Sie meinen damit Großes für die Arbeiter gethan zu haben. Zugegeben, daß die communale Arbeitsvermittlung besser ist, als die private, welche oft nur eine weitere Ausbeutung der Arbeiter bedeutet. Aber wenn es zu Conflicten zwischen Unternehmern und Arbeitern kommt, dann zeigt sich sehr oft, daß der Einfluß der Lehrenden auch auf die communalen Einrichtungen naturgemäß ein sehr großer ist.

Die Gewerkschaften sind ohne Zweifel die geeignetste Stelle für die Arbeitsvermittlung und die Arbeiter werden zu ihnen in dieser Sache auch das meiste Vertrauen haben.

Auch gegen das „Schwitzsystem“ machte der Congress energisch Front. Wenn die gesammte Arbeiterbewegung die öffentliche Meinung in dieser Sache vorwärts treibt, so ist es wohl auch möglich, den Werkstättenzwang durchzusetzen und jene unglücklichen Menschen zu retten, die in den „Schwitzstuben“ mit Leib und Seele zu Grunde gehen müssen. Die Gewerkschaften haben in dieser Sache Jedermann auf ihrer Seite, den die Profitgier noch nicht verroht hat und der im Menschen noch etwas Höheres sieht, als ein zu verschlehtenes Arbeitsmaterial.

So stellen sich die Bestrebungen der Gewerkschaften als eine volksthümliche Socialpolitik dar, die darauf gerichtet ist, der bürgerlichen Welt diejenigen Reformen abzurufen, die unter den heutigen Verhältnissen zu erreichen sind. Wenn in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung sich noch nicht kräftiger entfalten konnte, so liegt das an unseren eigenartigen Verhältnissen und auch an der allgemeinen Verschlechterung der Klassenlage der Arbeiter.

Die populäre Socialpolitik der Gewerkschaften bildet einen Gegenstoß auf die bureaukratische Socialpolitik der Regierungen. Die Gewerkschaften formulieren die Wünsche und Forderungen der Arbeiter, wie sie bei diesen selbst thatsächlich bestehen; die Regierungen sehen die Verhältnisse der Arbeiter häufig durch die Brille der Unternehmer an. Die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wirken gemeinsam dem Bureaucratismus wie dem Capitalismus entgegen und sie werden sicherlich noch eine Menge Concessionen erreichen, die eine Grundlage für Weiterarbeit und Weiterentwicklung zu bilden haben. Die bürgerliche Gesellschaft sträubt sich zwar immer hartnäckig, auch nur ein Theilchen von den Vorrechten der besiegten Klassen abzugeben, aber sie hat doch schon einiges abgeben müssen, und sie muß sich daran gewöhnen. Ihre Abwirthschaftung ist ja so oder so doch unvermeidlich.

Politische Rundschau.

Berlin, den 13. Mai.

Aus dem Reichstage. Heute wurde das Zudersteuergesetz in zweiter Lesung erledigt. § 76 zielte darauf hin, die bestehenden Zuderfabriken in eine recht vortheilhafte Position gegenüber den neu zu gründenden zu bringen und so eine Art Realgerechtigkeit der Zuderbarone wieder aufleben zu lassen. Ein Antrag des Grafen Kameyer schlug vor, wenigstens zu Gunsten derjenigen Neugründungen eine Ausnahme zu machen, die von Rübenbauern geleitet werden, welche im ersten Betriebsjahre nur selbstgebaute Rüben verwenden. Da dieser Antrag den Kaufrübenbauern eine Möglichkeit bietet, sich vor Chitanen der Fabriken in das Amt ihrer eigenen Fabrik zu retten, so stimmten ihn unsere Genossen zu. Er wurde angenommen. Dann wurden die Detailbestimmungen unter monotoner Discussion abgewickelt. Zum Schluß faßten sich Rechte, Centrum und Nationalliberale berufen, eine Petition deutscher Conditoren, die in etwas lebhafter Weise gegen das neue Gesetz protestirt, an den Pranger zu stellen. Abg. Kardorff hielt einen längeren Vortrag über den guten Ton in Petitionen, wurde aber vom Abg. Barth daran erinnert, wieviel die Petitionen seiner Specialgesellschaft, der Silberlinge, in dieser Beziehung zu wünschen übrig lassen. Für die nächste Sitzung, die Freitag stattfindet, steht das Zudersteuergesetz in dritter Lesung auf der Tagesordnung.

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michael Deutsch.

51 Nachdruck verboten.

Es war zu spät, um noch Abhilfe zu schaffen, denn schon starrten die todtspreienden Schilde wieder aus dem Dunkel der Straße hervor, um in nächsten Moment ihre Ladung auf die Barrikade auszuwürfen.

Sie hatten aus nächster Nähe gezielt, und sie hatten diesmal gut getroffen. Drei Menschen wälzten sich stöhnend in ihrem Blute, das lebenswarm auf das Straßenpflaster rieselte. Keine rettende Hand war für sie übrig, denn schon riesen die Pelotons der Gardes, die mit wildem Hurrah dahergerausht kamen, alles auf die Schanzen.

Mit dem Muth der Bergweiserung wehrten sich die Volkskämpfer. Schon bestrich das Feuer des Feindes die feilichen Häuser, und manches Geschos schlug über den Köpfen der Vertheidiger in die Dächer und Wände ein. Als einer der ersten war Hartung's jugendlicher Nachbar kampfunfähig geworden, eine Gewehrflügel war ihm ins Schultergelenk gedrungen. Muthig verbis der wackere Bruder Stubbio den Schmerz und versuchte weiterzukämpfen, aber eine Dynamit nahm ihm das Bewußtsein, und er brach zusammen. Behutsam trug ihn Hartung in eine Ecke und bettete ihn auf harter, kalter Diele. Der leergewordene Platz am Fenster ward rasch von einem anderen besetzt.

Eine unwiderstehliche Macht trieb jeden einzelnen vorwärts in diesem furchtbaren Wagnis um Tod und Leben. Immer wüthender drängten die Gardes heran, immer dichter fielen ihre Schüsse. Ihr Selbstvertrauen war gewachsen, seit die Kanonen so treffliche Arbeit für sie verrichteten. Sie fragten nicht mehr nach Todten und Blessirten, sie hatten nur noch das eine Ziel vor Augen: dieses widerstrebige Nebelkennzeichen so rasch als möglich anzunehmen.

Die Streiter des Volkes aber warteten und wichen nicht. So wanden wackeren Genossen riefen die feindlichen Ru ein aus ihren Reihen, doch hielt zu vertragen, schlossen die Ueberlebenden sich nur um so enger aneinander. Näher und näher schoben die Gardes sich vor, als ob sie zum letzten, entscheidenden Schlage ausholen wollten. Aus den Seitengassen drängten Haufen von Bewaffneten nach der Barrikade, um den Ansturm des Feindes mit ihren Leibern aufzuhalten. Da ertönte drüben noch einmal das Signal zum Rückzug, und in hastigem Eilschritt verließen die Truppen den Platz.

„Zurück! Die Kanonen!“ gelte es warnend von oben in die Menge, die nach der Barrikade hindrängte. Allein sie zögerten diesmal mit ihren Donnerbüchsen. Minute auf Minute verrinnt — nichts rührt sich drüben in den feindlichen Reihen. Was für Pläne schmieden sie hinter jenem Zaun von Bajonetten, der aus dem Dunkel der Straße drohend hervorblüht? Hoffen sie die Widerstandskraft des Volkes zu lähmen, indem sie so urplötzlich dem Gegenstoß ausweichen? Wollen sie die überhitzte Leidenschaft der Verzweiflung erst erkalten lassen, um dann desto sicherer den Gegner niederzumachen?

„Was zögern sie nur? Was hat das zu bedeuten?“ sprach Hans Hartung zu den Kampfgeworfenen, die ihre Büchsen mit krampfhaftem Griff umspannt hielten und hart in die Nacht hinausspähten.

„Sie wollen uns abstecken lassen, ehe sie uns kalt machen“, meinte sein Nebenmann, ihm das pulvergeschwätzte Gesicht zuwendend.

Einer der Verwandten schob laut auf und bat um einen Trunk Wasser.

„Mir auch! Mir auch!“ riefen die andern, bis auf einen, der seine starren Glieder weit von sich streckte und das Wünschen bereits verlernt hatte.

Herr Raffner zog eine Weinflasche hervor, aber sie war leer bis auf den letzten Tropfen.

„Werd' ich kalten Wasser“, sprach der wackere Pole, „kann ich ohne Pulver hier doch nichts helfen.“

Es ging den meisten der Rathhaus-Vertheidiger nicht besser wie Herrn Raffner: sie hatten die letzte Kugel im Laufe steden und fanden dem nächsten Angriff fast wehrlos gegenüber.

„Ich will's versuchen, ob ich Rath schaffe“, sagte Hans Hartung. „Es scheint, daß die Freunde drüben noch gut versehen sind. Galtet inzwischen scharfen Auslug — ich bin sogleich zurück.“

Er eilte die Rathhaustreppe hinunter, um sich nach dem gegenüber liegenden Hause, zu Fritz Grams, zu begeben. Wüth erregte Schaar drängten sich in den Straßen, die Kampfgeier schrien zu jener Leidenschaftlichkeit gesteigert, die ohne Zögern und Jagen das eigene Selbst daran giebt.

„Wägen sie nur herankommen“, ließ jemand aus der Menge sich vernehmen, „hier hat ihre Kanonenschlämheit ein Ende.“

Hans horchte auf: es klang ihm wie Trost aus dem vernommenen Wort. Und wenn das Rathhaus selbst fiel und die Barrikaden zusammengebrochen wurden: hier hatte ein neues Bollwerk des Feindes, ein Schußwall von lebendigen Leibern, die mit unwiderstehlicher Gewalt dem Vordringen der Truppen Einhalt thun würden.

Hans trat auf den Platz hinaus, den die Menge inzwischen geräumt hatte. Zerbrochene Waffen, verbotliche Holzschichte, Mauerstücke von den zerichossenen Häusern lagen rings umher. Die Fassade des d'Heureuse'schen Hauses glück einer Ruine, die jeden Augenblick einzustürzen drohte. Das Gebäude schien von der Besagung geräumt, nur an den geschnitzten Eden zeigten sich ein paar vorfichtig aussehender Köpfe. An der Freitreppe machten sich ein paar Männer

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. Ausdehnung des Anwartschafts auf Renten- und Anstaltungsgüter und in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. Gewährung von Umzugskosten an Regierungsbaumeister ohne wesentliche Debatte an und erledigte hierauf eine größere Anzahl von Petitionen ohne allgemeines Interesse.

Wie viele Menschenleben in moderner Krieg vernichtet, wird wieder einmal in Erinnerung gebracht aus Anlaß der Friedensfeier am 10. d. M. Die deutsche Armee hatte im deutsch-französischen Kriege einen Gesamtverlust an Tödteten, Verwundeten, Kranken und Vermissten von 6247 Offizieren, Kezzen und Beamten und 123 453 Mann! Wie viel Kummer und Leid haben diese haarsträubenden Verluste an Menschenleben im Gefolge gehabt! Und wie viel mehr Menschenleben würde jetzt ein Krieg erfordern, nachdem weitere 25 Jahre die Weidlichkeit zu einer unheimlichen Höhe entwickelt haben. Der nächste große Krieg wird Millionen Menschenleben kosten!

Den Vorterschlag wollen die Junker immer weiter ausdehnen. Der conservativ Abgeordnete von Podbielski hat mit Unterstützung von etwa 50 Abgeordneten, unter denen sich auch sechs Mitglieder der Reichspartei befinden, zur dritten Lesung des Pargarinegesetzes beantragt: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Anordnungen dahin zu treffen, daß sie aus dem Ausland eingehende Butter, sowie Käse, Schmalz und deren Ersatzmittel amtlich untersuchen werden nicht nur auf die gesundheitspolitischen Bestimmungen, sondern auch daraufhin, ob die zur Einführung gelangenden Producte den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen. Für diese amtliche Untersuchung ist vom Importeur eine Gebühr zu erheben. Der Zweck ist natürlich nur der, die Einfuhr von Butter u. zu erschweren, damit die Junker die Preise hochtreiben können. Läge ihnen daran, die Consumenten vor schlechter Waare zu schützen, dann müßten sie auch die Unterbindung der inländischen Waare fordern, mit der auch in der gemeingefährlichen Weise gehandelt wird. Aber da lehnte man ja sogar die Vorrichtung eines Minimalgehaltes an Fett und eines Maximalgehaltes an Wasser und Salz in der Butter ab.

Gegen die zweijährige Dienstzeit wird schon in jeder Weise Stimmung zu machen versucht. Die „Kriegszeitung“ schreibt:

Wir haben noch allseitiger namenloser Anfeindungen aus jüchlichen Gründen uns kräftig gegen die Einführung der vierten Bataillone gestemmt, und so haben wir unentwegt gegen die Verkürzung der Dienstzeit gekämpft, die in der That unsere Armee langsam zu schädigen beginnt!

Weiter führt das Junkerblatt dann aus, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit ihrem unrentablen Nebeneffekt der vierten Bataillone sei eine politische Nachgiebigkeit gewesen, deren am Regimentspräsidenten stehende Verantwortlicher von den liberalen Parteien bejaht, von der liberalen, offiziellen und der im Großen leider überaus häufigen militärischen Presse mit Wahnsinn bestritten wurden. Denn wird der heutigen Militärverwaltung der große Dank der Armee ausgesprochen, daß sie den Muth und die nicht hoch genug anzuerkennende Entschlossenheit hatte, sofort einzutreten, als sie erkannte, daß die lehrbuchmäßigen vierten Bataillone in der gesunden Organisation der Armee einen Krebsknoten bedeuten und daß sie nicht wartete, bis unheilbarer Schaden entstanden war. Und zum Schluß heißt es: „Möge bei der Beendigung der Versuchsperiode mit der zweijährigen Dienstzeit bewirkt werden oder eine ebenso mannhafte Hand des Absterbens, die kein anderes Ziel kennt, als die Sache, d. h. die Wehrkraft der Armee!“

Es tritt also immer klarer hervor, worauf man in militärischen Kreisen hinarbeitet. Die Unterwerfung der vierten Bataillone ist nur der Anfang eines neuen Vorstoßes für die

Ausweitung des Militarismus. Für den Kampf darum soll das Feld frei gemacht werden; deshalb drängt die Regierung auch so auf die Erledigung des Bürgerlichen Gesetzbuches und mußet dem blutigen Reichstage zu, bis hoch in die Hundstage hinein zu tagen. Offenlich läßt sich der Reichstag darauf nicht ein. Und bleibt die Regierung nötig nach, so blühte der Versuch an der chronischen Beschlußunfähigkeit scheitern.

Ueber die Frage des Militärstrafverfahrens war, so meldet Hirsch's Telegraphen-Bureau, von sämtlichen Armeecorps ein Gutachten eingezogen worden. Die Erhebungen sollen in Bezug auf die kleineren Strafsachen zu Gunsten des preussischen Verfahrens, bezüglich schwerer Vergehen zu Gunsten des böyeren öffentlichen Verfahrens ausgefallen sein. Irgeud ein Nachtheil für die Disciplin ist aus der Verschiedenheit des Verfahrens in Bayern in keiner Weise zu Tage getreten.

Für die Reichstags-Ersgwahl in Schwab, die durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Holz erforderlich wird, hat das polnische Wahlcomité den Rittergutsbesitzer v. Sas-Jaworski, Lippinken als Candidaten aufgestellt.

Für die Reichstags-Ersgwahl in Illertissen hat eine in Krumbach abgehaltene Versammlung von Vertrauensmännern der Centrumspartei als Candidaten den Stadtpfarrer Doll in Weiskorn aufgestellt. Socialdemokratischer Candidat ist Landtags-Abgeordneter Ehrhart aus Ludwigsbafen.

Eine Neuwahl im dritten württembergischen Reichstagswahlkreise soll wegen schwerer Erkrankung des demokratischen Vertreters des Kreises notwendig werden. Bei der Hauptwahl erhielt der Demokrat Hug, der in der Nachwahl siegte, bloß 5859 Stimmen. 8428 Stimmen fielen auf den rational-liberalen, 2277 auf den liberalen und 4950 auf den socialdemokratischen Candidaten.

In Wahlkreise Ansbach-Schwabach gestalten sich in Bezug auf die demnächstige Ersgwahl zum Reichstage die Verhältnisse sehr eigenthümlich. Wegen eingetretener familiärer Verhältnisse ist Herr Landtags-Abgeordneter Weich von seiner „erfolgreichen“ Reichstags-Candidatur im Wahlkreise Ansbach-Schwabach plötzlich zurückgetreten. So erklärte sein Organ die „Süd-deutsche Landpost“ in Nürnberg, den eigenartigen Vorgang in Wirklichkeit werden die Generalwähler, deren der Ständemittel par excellence und Militärjournalist Weich von Ansbach an nicht paßt, nun doch das Übergewicht über den nach sich conservativen Flügel des Wahlkreises erlangt haben. Geringfügig dazu soll gemein sein, daß Weich in der böyeren Kammer eine bekannte Rede gegen die Pargarine gehalten, während zahlreiche Senatsmitglieder im Ansbach-Schwabach vom in die Nürnberger Pargarinefabrik Milch liefern, für die sie so gute Zahlung erhalten, das sie an dem Fortbestand derartiger Fabriken direct interessiert sind. Thatsächlich sollte dann auch am gestrigen Sonntag eine von kammerräthliche Candidatur proclamiert werden. Im „liberalen“ Lager herrscht auch liebliche Confusion. Die „Freiwilligen“ haben sich in letzter Minute auf ihre wahre Natur besonnen und wollen, wie berichtet, mit den Demokraten nicht gemeinsamen Weg gehen. Die National-liberalen haben, wie bekannt, in eigener Mann eintracht und schließlich wollen auch die wenigen Conservativen gegen den Willen ihres Hauptorgans eine eigene Stimmabgabe anstellen. Den Demokraten müßte der Reich der Reichstagsvereine in Schwabach außerdem nicht viele Unannehmlichkeiten bereiten. Das conservativste Organ in Nürnberg ist einzig daran, den Fall für seine Zwecke auszunutzen. Der Wirtum ist also so groß, daß sich auf den Ausgang der Wahl noch nicht annähernd eine Vermuthung machen läßt.

Italien.

Craxi und seine Schandwirthschaft sind in den Discussionen über den Krieg in Afrika vollkommen vernichtet worden, aber vor dem entscheidenden Schritt, den Verbrecher und seine Spießgesellen nun auch auf die Anklagebank zu bringen, schreitet die Regierung Rubini-Ricotti zurück. Vielleicht ist es eine übel angebrachte Ritterlichkeit, vielleicht die Sorge, Italien durch den Proceß allzusehr bloßzustellen, vielleicht aber auch die Rücksicht auf den König, der den Craxi noch vor kurzem mit zärtlichen Worten als seinen allertrauesten Freund pries, was das Ministerium am energischsten Vorgehen hindert. Die Genugthuung für das „Unglück des Landes“ will man darum in — Afrika holen; ein siegreicher Krieg gegen Abyssinien soll all den Jammer und das Elend vergessen machen. Das ist so recht die Politik moderner Machthaber, die erst ein Volk ins Verderben stürzen und dann durch auswärtige Kriege das Strafgericht hinauschieben wollen. Aber in anderen Ländern ist dies Verfahren schon jämmerlich mißglückt.

Frankreich.

Noch steht das Cabinet Méline in den Stitterwochen und schwere Sorgen um die Dauerhaftigkeit seiner Zwangsmaße mit der Kammer werden ihm bereits durch die Haltung seiner monarchistisch-kerikalischen Bundesgenossen verursacht. Diese verlangen in ihrer Presse einen anständigen Preis für die Stimmgelbe der Wähler, ohne die das Ordnungsministerium beim Wiederauftritt der Kammer keinen Tag bestehen kann. Hier die vom „Soleil“, einem angesehenen monarchistischen Blatte, als ein „Minimum“ erachteten Forderungen: Regelung des Verbandswesen, Gesetz zu Gunsten der steuerverweigernden Ordensgesellschaften, Abschaffung der staatlichen Controle über die Klosterwerkstätten, Besetzung der in Folge der Meinungsverschiedenheit mit dem Papste vacanten Bisthümer „nach den Wünschen Roms“ und Gehaltsanzahlung an die Priester, deren Gehalt von radikalen Cultusminister Combes kraft der bestehenden Gesetze suspendirt worden war. Und der katholische Pamama-Meyer vom „Gaulois“ meint, die Rechte müsse freie Hand behalten, um „nötigenfalls“ gegen das Ministerium votiren zu können. Das ist deutlich! Der opportunistische „Temps“, der jetzt wiederum als ein officielles Organ zu betrachten ist, weist den Gedanken zurück, als könnte sich das Ministerium zu einem politischen Ringhandeln mit der Rechten ergeben. Es heißt indeß abwarten! Offen darf freilich die Regierung mit den Monarchisten nicht pactiren. Sie wird aber nicht umsonst das katholische Bekenntniß des Kultusministers, Senators Hambaud, an die große Glocke gehängt haben.

Auf anderen Gebieten, wo sie ihre opportunistisch-monarchistische Majorität einig weiß, hat die Regierung bereits offen gezeigt, weß Geistes Kind sie ist. Barthou, Minister des Innern, verfügte die Dienstentlassung von zwei socialistischen Pariser Communalbeamten, die sich an der Gemeindevahlplagation betheiligt hatten, der eine als Candidat, der andere als Secretär des socialistischen Wahlauschusses. Der Kriegminister General Villot will dagegen dem von Cavagnac, dem radicalen Kriegminister, ersetzten Gönner von militarischen Aufseher-Schwabern, Generalintendant Baradier, wider zu Amt und Würden verhelfen. Der Justizminister Delan, bekannt durch seinen Reinwaschungsbericht in Sachen der Ragnal'schen Eisenbahnverträge, bereitet nun eine Generalreinigung aller Paracristen, Cadisten und sonstigen Schacherpolitiker vor. Er hat nämlich einen „dinglichen“ Bericht über die bezüglichen schwebenden Untersuchungen eingefordert. Er hat es mit der Niederbringung der Untersuchungen eilig, denn wer weiß, wie lange noch seine ministerielle Herrlichkeit andauert.

Spanien.

Die Zahl der bei den letzten spanischen Wahlen abgegebenen socialistischen Stimmen ist jetzt amtlich festgestellt: Die Socialisten erhielten in Madrid 3000 Stimmen, in Valladolid 82, in Oviedo 104, in Bilbao 1700, in Alicante-Orca 450, in El Ferrol 300, in

zu schaffen, und Hartung erkannte den unermüdeten Florian, der mit Hilfe eines Genossen einen Gefäßchen anzuheben suchte.

„Gut ausgelitten, der arme Karl“, sprach der Soldat müdevoll.

„Nicht nur, daß Ihr schlaflos“, rief Hans Hartung ihm zu — „s' wird bald losgehen. Habt Ihr keine Patrone?“

„Nicht, die einzige, Schar, 4 Patronen ist knapp geworden.“

„Dann will ich mal hüben anlaufen. Als noch Schar.“

„S' wohl!“

Hans kopfte dem Schneider leicht auf die Schulter und schritt wieder über den Hof, während die beiden Kameraden mit ihrer thätigen Zuht die entgegengelegte Richtung einschlugen.

Da plötzlich entdröhnte von der Schloßseite her ein unheimliches Geräusch, und ein unheimlicher Knall erschütterte die Häuser. Ein Juden und Russen drang an Hartung's Ohr. Als er sich umwandte, suchte sein Auge vergeblich den Schneider. Doch nein, da lag er ja — hingestreckt neben jenem, den er hatte retten wollen, während der dritte glücklich entronnen war. Hans sprang vor, um auf den Rücken des gestürzten, aber schon lag unter dem Strahlen der Soldaten ein neuer Schwarm von Gefäßchen daher und schritt ihm den Weg ab.

„Schar wieder ein Korbler?“ fragte entsezt eine Stimme, die Hans bekannt klang.

Er sah erst und erblühte in einem der Fenster, die nach dem Hof hin gingen, den Leberhändler Jörg.

„Wohin immer Schar geht, der Schneider geht“, versetzte er. „Habt Ihr noch Patronen? Dann Ihr mit nicht geht, und wir gehen.“

Das dritte Gefäßchen, deren Ziel fester genommen war, entdröhnte aus nächster Nähe. Hans hörte ein Knallen und Schreien im Hofwerk der Barricade.

„Sagt mir, Sie sind“, drückte es ihn, „und dann ... und dann ...?“

Er blühte verzweifelt nach dem Fenster, von welchem sich vernehmen ließ. Schon wollte er unverrichteter Sache fortziehen, um nach Florian zu sehen, da löste Schar ein und warf ihm einen Korbler von möglichem Umfange zu. Der Korbler mit beiden Händen anfang und wie einen köstlichen Saft an die Brust drückte.

„Ist er nicht, was wir haben“, sprach der Leberhändler, „ein Scharler Korbler mit 10 Patronen darin.“

Der Korbler hörte ihn nicht mehr, er stand bereits an der Seite des Gefäßes. Ein geringer Knall bot sich ihm dar; im plötzlichen Dunkel lag Florian schied am Boden, die Brust geschwunden und das Antlitz vererrt, und mit dem harte geschundenen Rücken entwich das Leben aus dem Leiden, ganz Hartung, das für die lebende Menschheit so heiß ersehnt worden war.

Hans sah, daß er einen Standes vor sich hatte. Die ein Korb, das gefüllte ist. Er sah er ihn auf und trug ihn in der Arme nach der Thür des Hofes, die auf die Gartenterrasse führte. Er war das Ziel eines Augenblicks, — nicht hinter ihm schlugen von unten die Bomben in die Barricade ein.

Hans lagte den Beschäftigen auf der Seite vor der Barricade nieder. Ein Schuß entging sich Florian's Ohr, dann schlug er die Augen auf und blühte wie lebend um sich. Als er Hartung sah, rief er, um zu sagen, daß er den Korbler erkannt hatte. Ganz im Herrn Korbler mit seiner Hand über, die er bereits zum ersten Male am nächsten Standes ergriffen hatte. Hans sagte Florian's

Lappen, reichte die Fläche dem Florian zurück und übergab ihm den kleinen Munitionsvorrath, den er von Fisch erhalten hatte.

„Vertheilen Sie das an die besten Schützen“, sagte er, „aber rasch, denn im nächsten Augenblick sind sie uns auf dem Halbe.“

Hans Hartung hatte sich mit einer kleinen Schar von Genossen, unter denen sich auch der alte Bradewitz und Herr Kasimir befanden, in einen kleinen Saal des zweiten Stockwerks geworfen. Hier hatten sie sich, so gut es ging, mit Büchsen, Sägen und Sägen versammelt. Durch die von drei Seiten zugleich in das Rathhaus dringenden Soldaten war ihnen der Rückzug abgeschnitten — sie hatten nur noch den Weg über eine Gallerie, von der aus sie an Seilen auf den Hof des Gebäudes gelangen konnten. Aber die Seile zählten ihnen, und über den Hof marschirte eben, als Herr Kasimir vorsichtig hinunterspähte, ein Trupp Soldaten. Ein Kampf auf Leben und Tod schien dem kleinen Häuflein bevorzustehen — ein Kampf, dessen Ausgang, angesichts der erschreckenden Uebermacht der Feinde, nicht zweifelhaft sein konnte. Noch einen oder zwei Schüsse hatten sie übrig, dann standen sie wehrlos den rachelüsternden Kriegern gegenüber. Schon ließen sich aus dem anstößenden Raume die schweren Tritte der Soldaten vernehmen, und eine große Grenadierkugel rüttelte heftig an der Thür.

„Aufgemacht da!“ rief eine rauhe Stimme.

Sanklos standen die Verfolgten da, des Kommenden gewärtig.

„Wird's nicht, Ihr Hunde?“ erscholl dieselbe Stimme.

„Dann vorwärts, Grenadiere!“

Sitzba 45, in Matos 481, in Villanueva y Geltru 89, in Burgos 36, in Velez-Malaga 220, in Gijon 26, in Coruna 42, in Valencia 88, in Malaga 62, in Palma 390, in Linares 88, in Tortosa 67, in Saragossa 105, in Barcelona 111, in Touro 13. Die Ergebnisse sind unvollständig, zumal das Wahlergebnis aus Barcelona (Stadt und Aussenbezirk) und aus Touro noch nicht vorliegt. Da die bedeutendsten Socialisten-Gruppen von Tortosa, Santander, Cadix, Vigo, Santiago, Castellon, Valencia, Manacor, Sestao, Granada, Montera und anderen Ortschaften, wegen Mangels an Geldmitteln an dem Wahlkampf überhaupt nicht Theil nehmen konnten, geben die obigen Zahlen nur ein unvollständiges Bild von dem Anwachsen der socialistischen Bewegung in Spanien. Aber selbst die angegebenen Zahlen sind unrichtig; man weiß ja, wie in Spanien Wahlen gemacht werden und daß die Regierung den einzelnen Parteien nur soviel Stimmen zuweist, als sie gerade für passend erachtet. Es sind in ganz Spanien sicher mehr als 15,000 socialistische Stimmen abgegeben worden, was in ansehnlicher Anzahl, daß dort die socialistische Partei erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit besteht und von allen Seiten gedrückt und in ihrer Entwicklung gehemmt wird, als ein sehr erfreuliches Ergebnis bezeichnet werden muß.

Rußland.

Arbeiterverfolgungen. Der Redaktion der in London erscheinenden russischen Flugblätter wird aus Odessa berichtet, daß dort keine Woche vergeht, ohne daß Verhaftungen unter Arbeitern verschiedener Kategorien vorgenommen werden. Am 7. Februar sind dort 3 Schüler der jüdischen Handwerker-Schule verhaftet, am 18. Februar 4 und am 21. und 28. je eine zur „Intelligenz“ gehörende Person. Später sind in derselben Stadt 15 Bäckergehilfen und 11 Tabakarbeiter verhaftet worden.

Asien.

Auf der Insel Formosa haben die Japaner ein schwieriges Stück Arbeit, um die ihnen von China abgetretene Insel wirklich in Besitz zu nehmen. Die Empörung der Eingeborenen, die offenbar nicht einsehen können, daß man sie einfach von einem Staat an den anderen verhandelt, dauert noch immer fort. Die Zahl der Aufständischen wird auf Zehntausend geschätzt. Nach einem Bericht des Generalgouverneurs Sabayan a sind seit Ende December kleinere japanische Truppenabteilungen fortwährend beunruhigt worden. Man sagte bald aus Taip-hu, dem Hauptort Nordformosa, Gulte, aber nun versuchen die anscheinend gut unterrichteten Kunde in einer Stärke von 1000 Mann einen Sturm auf Taip-hu. Erst nach fünfzehnigem hartem Kampfe gelang es der japanischen Besatzung, die Angreifer zurückzutreiben, nachdem diese den Telegraphen und die Eisenbahn nach Kalg schon zerstört hatten. Ein anderer Haufe wandte sich gegen den Hafenort Tamui, wurde jedoch bald verjagt. Berühmter hat der Schwarzflaggenführer Liung-fu, der argwöhnlich nie zum chinesischen General ernannt worden ist, die Hand im Spiele. Die „China Gazette“, die gute Verbindungen mit Japan hat, behauptet so, ar bestimmt, der Rückzug der Japaner werde am 1. Juni Ende dahinter. Dieser Zeitung zufolge hat der japanische General in Fetsung die Zurückverlegung Tchang nach Kungshang durchgesetzt, um es ihm auf diese Weise zu erschweren, von da aus wieder Gegner der Japaner in Formosa zu unterstützen, wie er es bei Liung-fu getan hatte; aus Rache dafür habe dann Tchang die neueste Empörung in's Werk gesetzt. Die Japaner haben jetzt die Einwanderung von Chinesen nach Formosa überhaupt verboten.

Parteiangelegenheiten.

Leistung. Bei dem Unterzeichneten sind im Monat April folgende Parteibeiträge eingegangen:
 Altona, rote Confirmation 257. Altona, von der roten R. 5.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2 Kreis 600.— (darunter Freiheit 4.—, Blau 101, 10, 2. B. 53, 60, Unbekannt 101, 40, Julie, Ritterstr. 35, 65, R. G. M. 300.—), 3. Kreis 700.—, 4. Kreis 1653.— (darunter durch Reimann 11.—, Ueberrichter der Kranzfelder der Arbeiter v. Pinsky 15, 30, Kernspitze 30.—, Lustig 20.—, Richter der Freiheit v. Böbling u. Pisch 16.—, 1. Rate v. den Dichtern der Volkstischen Werkstatt, Büchlingstr. 7, 10.—, Dien, damit es besser werde 50.—, Pufferkolonne Schmorz 3.—, 5. R. 300.—, 6. R. 200.— (darunter W. S. 5.—, Sangesbrüder Mebit 50.—, St. Amst. 5.—, früherer Bezirk 612 4, 58, Reichsverein-A. Strahlen 47, 45, Anzahl 20.—, Hierprocente A. G. 25.—), Berlin, H. Beitr.: Junf Summader Admitt. 25 12.—, Maßplätzen 30.—, M. B. 75.—, J. B. 25.—, Madetes 5.—, Werkstatt Malchin, Neue Grünst. 10, 50, Nothe Kindaule Schwedertstr. 3, 20, Nothe Buchbinder, Grünstr. 5.—, Sachl. Genosse in Noabur, Beitrag für März-Mai 60.—, F. G. 5.—, Millionenjule 7.—, Männer 3.—, S. G. W. 8.—, Migl. der U. Dr. 4, Rate 4, 95, A. G. 5.—, Johannes 160.—, Adler v. B. 5.—, Spandau, Taute 2, 90, Nothe Hochst. Schöneberg 1, 45, Kommit. P. G. 1.—, Gesamtamt zu einem März v. F. M., Pultstr. 9, 2.—, Arbeiter von Schuster u. Br. 10, 30, Brackel 400.—, Grotbus. 5.—, 10.—, Charlottenburg, Köchl. 140.—, Gummischau 20.—, Friedrichsberg v. Berlin durch A. R. 314, 07, Falkenberg (Oberhalb) 2.—, Hamburg, Stammtisch Eintracht 5.—, Vahstedt v. Bremen v. Gen. 25.—, Hamburg 3. Wahlk. 100.—, Hamburg aus höh. Einkommen 20.—, Hamburg 2. Kr. 1000.—, Hamburg von drei Schneidern, Kaiser Wilhelmstraße, 3.—, Föschel durch P. 3.—, Jierlehn, Pella am 3.—, Leipzig, 101-Spieler F. 1, 50, Langenbühlau 1, 0.—, (darunter rote Kindaule 2.—), München, Waldläufer 5.—, Mann im Mond 2000.—, Magdeburg 1000.—, Neues 15.—, Nürnberg 500.—, Neubamm 4.—, Deutschn. 1.—, rote Kindaule durch F. 2, 65, Pausa 1.—, von Genossen 5.—, Rixdorf, Ruzer vom Bau bei Voth 7, 30, Rixdorf, Köchl. 15.—, Rixdorf, Musikfreunde, Maxier 10.—, Reinsdorf bei Greiz, rote Kindaule, 2, 30, Sandershausen bei Käfel, zielbewußte Arbeiter 10, 50, Leitomer Kreis, Steinlein 25.—, Ereptom, Baumhüttenweg 15.—, Sa. 40.—, „Vorwärts“, 1. Quartal 1896 1100, 50, Werdau, rote Hochst durch Kalle 6.—, Hamburg-Eimsbüttel, den 9. Mai 1896.
 Für den geschäftsführenden Ausschuss:
 A. Gertsch, Eichenstraße 4, 1.

Die Fraction der socialdemokratischen Partei beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Partei auf dem nächsten internationalen Arbeiter-Congress in London durch die Abgeordneten Hebel, Klebnacht und Singer vertreten zu lassen. Gelegentlich dieses Congresses soll auch eine Conferenz der Abgeordneten unserer Partei in den verschiedenen Parlamenten stattfinden speciell zu dem

Zweck, eine gemeinsame Verhaltenslinie für das Vorgehen in der Arbeiterkämpfe festzustellen.
 Einem der Opfer des Hennes Weineitsprozesses, der wadere Genosse Johann Meyer, ist, wie die „Rheinisch-Westf. Arbeiter-Zeitung“ meldet, im Zuchthaus zu Janum an einer Lungenentzündung bedenklich erkrankt.
 Aus dem Elsaß. In Straßburg trat am 10. Mai die Landesconferenz der Socialdemokratischen Elsaß-Vorbringen zusammen. Die Theilnehmer waren privatim eingeladen. Die Verhandlungen, denen auch der Reichstags-Abgeordnete Bueb beiwohnte, verliefen programmäßig, abgesehen von der Wiste eines Polizeicommissars, der sich aber beruhigt entfernte, nachdem der Vorsitzende seinen Namen und die Tagesordnung angegeben hatte. Während der ganzen Dauer der Verhandlungen hielten sich vor dem Local auf der Straße drei Geheimpolitisten auf; diese folgten den Theilnehmern nach Schluß der Verhandlungen noch bis in ein Wirtshaus.
 Bei den Gewerbegerichts-Ergebnissen in der Klasse der Arbeitervertreter legte die socialdemokratische Liste mit 351 Stimmen über die Liste der Alerikalen, die nur 99 Stimmen auf sich vereinigte.

Arbeiterbewegung.

Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Seit 14 Tagen stehen wir im Aufstand, um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Diese Forderung ist umso mehr berechtigt, weil ein großer Theil der im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter, die Setzer und Maschinenmeister, diese Forderung schon bewilligt erhalten haben. Nun wir, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit derselben Forderung herantreten sind, ruft man uns von Seiten der Principale zu: Euer Vorgehen ist frevelhaft, so etwas ist in der Geschichte der Buchdrucker-Bewegung noch nicht dagewesen; nun, das kann nur ein Ansporn für uns sein, fest zusammen zu stehen, und um das zu können, appelliren wir an Euer Solidaritätsgefühl! Arbeiter und Arbeiterinnen, beweist auch diesmal, wie Ihr oft, daß Ihr mit uns eintrittet, wenn es gilt, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erringen. Ein großer Theil unserer Collegen und Kolleginnen — zusammen 300 — arbeiten bereits unter den neuen Bedingungen und 220 sind noch unterzubringen. In 8 Druckereien haben die Principale erklärt, die Ausständigen nicht wieder einzustellen, sie haben dafür Klummenmädchen und andere angenommen, welche angelernt werden und so unsere gute Sache schädigen. An Euch richten wir die dringende Bitte, die, welche an die Seite der Ausständigen getreten sind, auf ihr Solidaritätsgefühl aufmerksam zu machen, denn dadurch wird es nur möglich sein, daß wir unsere Forderung voll zur Geltung bringen! Die Streik-Commission der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen (Bureau: Annenstr. 16).

30 Sammelstellen für den Reichstags-Streik sind aus unbekanntem Gründen in Guben polizeilich beschlagnahmt worden.
Beim Maurerstreik in Berlin i. S. handelt es sich um einen Mindest-Stundenlohn von 32 Pf., den Zehnundentag und um die achtjährige Lohnzahlung, welche Forderungen die Unternehmer nicht bewilligen wollen.

Beim Hare streik in Gera haben die coalirten Ziegeleibesitzer Partei für die Unternehmer in der Weise genommen, daß sie an solche Bauunternehmer keine Ziegeln mehr liefern, die von den Mauern verlangten Zehnundentag bewilligt haben.

In Dortmund ist der Tischlerstreik brennd. Ist auch kein voller Sieg erreicht, so haben doch selbst die Meister, die die Forderungen nicht bewilligten, die Arbeitsbedingungen etwas aufgebessert.

Gewerkschafts-Offe In Wien erscheint seit 6. Mai ein neues Fachblatt, betitelt „Freie Stimmen aus der Gewerkschaft des Buch-, Kunst- und Kunsthandels“. Jährlich erscheinen 10 Nummern. Bei direkter Zusendung durch die Post kostet das Blatt jährlich 1 fl. in Oesterreich, 2 fl. im Ausland. Redacteur und Verleger ist Hugo Peller, Wien VI., Gumpendorferstraße 8. Obenstehend befindet sich die Administration.

Der Streik der Metallarbeiter der Firma Bolzano, Tedesco u. Comp in Schlan in Böhmen dauert fort. Da die Firma sich absolut nicht auf Unterhandlungen einlassen will, wozu die Ausständigen lieber andwärts ihr Brot suchen, als zu den früheren Bedingungen in Arbeit treten. Sie bitten die deutschen Arbeiter aller Branchen des Maschinenwesens, ihnen, den tschechischen Berufsgenossen, tüchtig durch Fernhaltung des Zugangs wie durch finanzielle Unterstützung treu beizustehen. Gelder sind zu senden an die österr. Gewerkschaftscommission, per Adresse Gueder, Wien VI., Kopernikusgasse 12.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der Volksrecht.)
 90 Sitzung vom 13. Mai. — 2 Uhr.
 Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.
 Die Beratung des Zuckerversteuergesetzes wird fortgesetzt beim § 75, der von dem Verfahren bei der Contingentierung der Zuckerrabatten handelt. Die erstmalige Feststellung des Contingents erfolgt unmittelbar nach Verkündung des Gesetzes für das Betriebsjahr 1896/97. Die späteren Contingentierungen finden bis zum 1. November eines jeden Betriebsjahres für das darauf folgende Betriebsjahr statt.
 Abg. von Poddieleski (cons.) beantragt folgenden Zusatz: Diejenigen Fabriken, welche überwiegen ihre bisherigen regelmäßigen Rübenbauern von der Lieferung der Rüben ausschließen, können auf Antrag der ausgleichenden Rübenbauer eine entsprechende Verminderung ihres Contingents erfahren. Er habe den Antrag im Interesse der Rübenbauern gestellt, damit diese nicht von den Inhabern der Fabriken mit großem Contingent in die Wand gedrückt werden.
 Abg. Müller-Gulda (Centr.): Der Antrag Poddieleski ist gut gemeint, aber praktisch undurchführbar. Das Ziel wäre viel besser zu erreichen gewesen, wenn man jenem Antrage zugestimmt hätte, das Contingent von den landwirtschaftlichen Interessenten festsetzen zu lassen. Dieser Antrag ist aber gerade von den Conservativen bekämpft worden. Wedner beantragt folgenden Zusatz: Die Contingentierung findet für alle Zuckerrabatten statt, gleichviel ob solche nur Rüben, Rüben und Melasse oder ausschließlich Melasse verarbeiten.
 Reichssecretär Graf Posadowsky erklärt, die Melasse falle ex lege unter die Contingentierung, der Antrag Müller sei daher überflüssig.
 Die Abgg. Samp (Sp.) und Dr. von Komierowski (Vole) treten für den Antrag Poddieleski ein; ebenso Abgeordneter Staudy (cons.).
 Der Antrag Müller-Gulda wird zurückgezogen, der Antrag Poddieleski abgelehnt. § 75 wird in der Fassung der Commission angenommen.

§ 76 besagt: Den nach dem 1. December 1895 errichteten Fabriken wird, soweit sie nicht bereits an der erstmaligen Contingentierung Theilgenommen haben, ein Contingent für das erste Jahr ihres Betriebes überhaupt nicht und für das zweite Jahr nur in Höhe der Hälfte der im ordnungsmäßigen Verfahren zu ermittelnden Jahresmenge zugetheilt. Ist eine Fabrik im ersten Jahre ihres Bestehens weniger als 50 Tage im Betriebe gewesen, so treten die in dem Gesetze für das erste Jahr ihres Betriebes vorgesehenen Folgen auch für das zweite Jahr und die für das zweite Jahr vorgesehenen Folgen für das dritte Jahr ein.
 Abg. Samp (Sp.) beantragt, daß die nach dem 1. December 1895 errichteten Fabriken, soweit sie an der Contingentierung nicht Theilgenommen haben, ein Contingent nur insoweit erhalten, als dadurch den bei der erstmaligen Contingentierung beteiligten

Fabriken das Gesamtcontingent von 1400 Millionen Kilogramm nicht gekürzt wird. Wedner empfiehlt den Antrag, da sonst die Fabriken im Osten zu sehr benachteiligt würden, während von dem Gesetze nach der Regierungsvorlage nur die Provinz Hannover den Vortheil haben würde.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein verweist die Regierung gegen den Vorwurf, daß sie das Gesetz besonders nach den Bedürfnissen der Provinz Hannover zugeschnitten habe.
 Abg. Richter (frei. Sp.): Die Commissionsbeschlüsse erschweren außerordentlich die Entstehung neuer Fabriken, indem sie denselben erst allmählich die volle Theilnahme am Contingent gestatten. Da ich die freie Concurrenz nicht erzielen kann, so werde ich für den Antrag des Grafen Karmier stimmen, der wenigstens den Fabriken, deren Unternehmerschaft aus Rübenbauern besteht, schon im ersten Jahre ihres Bestehens ein Contingent in der Hälfte der im ordnungsmäßigen Verfahren zu ermittelnden Jahresmengen zutheilt. Dadurch würden die Rübenbauern, falls sie von den Fabriken benachteiligt würden, in den Stand gesetzt, sich zusammenzuschließen und eine eigene Fabrik zu gründen.

Reichssecretär v. Posadowsky: Wird das schnell Anwachsen neuer Fabriken begünstigt, so verringert sich das auf die alten Fabriken entfallende Contingent und damit überhaupt auch die Ausfuhrprämie. Es wäre dann besser, die erhöhten das Gesamtcontingent und reducirten die Prämie.

Hierauf wurde Paragraph 76 nach dem Antrag Karmier im Wege des Hannelsprinzips mit 122 gegen 93 Stimmen angenommen.
 Zur Discussion steht § 77, welcher in der Commissionsfassung bestimmt: Das Contingent der einzelnen Fabrik wird nach der Zuckermenge ermittelt, welche von der Fabrik in den letzten 3 Betriebsjahren unter Weglassung der niedrigsten Jahreserzeugung durchschnittlich hergestellt ist. Das Betriebsjahr, in welchem die Contingentierung vorgenommen wird, wird, abgesehen von der ersten Contingentierung nicht berücksichtigt. Bei denjenigen Fabriken, bei welchen die hiernach zu berechnende Zuckermenge weniger als 4 Millionen Kilogramm beträgt, wird die in einem der 3 letzten Jahre hergestellte höchste Zuckermenge, jedoch nicht über den Betrag von 4 Millionen Kilogramm hinaus der Contingentierung zu Grunde gelegt.

Abg. Graf Stolberg (cons.) beantragte hierzu, dem zweiten Satz in § 77 von „das Betriebsjahr“ bis „berücksichtigt“ zu streichen.

Abg. Rösicke (wiltblö) beklagt die Schädigung, die § 77 in der Commissionsfassung der mitteldeutschen Zuckerrabatten zufügen würde.

Reichssecretär von Posadowsky spricht sich für die Commissionsfassung aus, ebenso Abg. Loose (Str.)
 Hierauf wird die Discussion geschlossen und § 77 nach Ablehnung des Antrags Stolberg angenommen.

Paragraph 78 bestimmt: Ist eine Fabrik noch nicht, oder nicht während des ganzen im § 77 bezeichneten Zeitraums im Betrieb gewesen, so wird nach einer ihr technisch möglichst nahe stehenden Fabrik die Zuckermenge berechnet, welche ihr bezüglich jener Zeitjahre in Anrechnung zu bringen ist. Ebenso wird Verfahren wenn Brandschäden oder sonstige unvorhergesehene und unabwehrbare Ereignisse die Fabrik in ihrem technischen Betriebe gehindert haben.

Zu beantragen die Abgg. Placke und Rimpau hinzu zufügen: Hat eine Fabrik ihren Betrieb in ihren letzten 3 Betriebsjahren eingestellt, um andere Fabriken dauernd zu vergrößern, so werden auf Antrag die für die vergrößerten Fabriken zu ermittelnden Zuckermengen um den entsprechenden Betrag erhöht.

Paragraph 78 wird nach unweilendlicher Discussion mit dem Antrag Placke-Rimpau angenommen.

Paragraph 78a welcher bestimmt: für die Fabriken die nur Melasse verarbeiten, wird bei Bemessung des Contingents nur die Hälfte der gemäß §§ 77, 78 ermittelten Zuckermenge in Ansatz gebracht, wird abgelehnt.

Paragraph 79 lautet: Die Feststellung der Contingente geschieht in Hochdruckart; sie erfolgt endgültig durch die obersten Landesfinanzbehörden nach näherer Bestimmung des Bundesraths.

Abg. von Komierowski will die Feststellung der Contingente zugleich auch als eine Contingentierung der Zuckerrübenbauern vorgenommen wissen.

Abg. v. Staudy beantragt, gegen die Feststellung der Contingente Berufung an den obersten Verwaltungsgerichtshof des Landes und wo ein solcher nicht besteht, an die ordentlichen Gerichte zuzulassen. Er begründet den Antrag, indem er auf die große Schädigung hinweist, die einzelnen Zuckerrabatten aus unrichtiger Contingentierung erwachsen könnte.

Reichssecretär v. Posadowsky legt dar, daß man, um dem Antrag Staudy zu genügen, ein völlig neues Princip in die Verwaltung der indirecten Steuern einführen müsse und bittet deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Die beiden Anträge werden unter schallender Heiterkeit des Hauses gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, der Commissionsbeschluss angenommen, ebenso §§ 81, 82, 83, 84, welche Nebengesetze und Schlussbestimmungen enthalten und §§ 71, 72, §§ 73 und 74, welche Bestimmungen enthalten, werden nach dem Commissionsbeschluss abgelehnt. Art. II, welcher die Zuckerversteuerung vom 13. März Art. III. Art. IV ordnet an, daß das Gesetz am 1. August 1896 in Kraft tritt, soweit es sich aber um die erstmalige Contingentierung der Fabriken handle, mit dem Tage der Verkündung.

Abg. Pausche beantragt, auch die Vorschriften über Eingangszoll und Zuckerversteuerung am 1. August 1896 in Kraft treten zu lassen. Art. IV wird nach Antrag Pausche angenommen, ebenso wird die Resolution der Commission angenommen, die verböthenen Regierungen zu eruchen, dahin zu wirken, daß für den Eisenbahntransport von Melasse der Frachtsatz der Tarifklasse III für die Dauer dieses Gesetzes zur Anwendung kommt.

Darauf verlegt sich das Haus.
 Nächste Sitzung Freitag, den 15. Mai, Nachmittags 2 Uhr.
 Tagesordnung: Dritte Lesung des Zuckerversteuergesetzes.
 Schluß 5/4 Uhr.

Die Auflösung der Berliner Parteiorganisationen vor Gericht.

Berlin, den 15. Mai 1896.
 Die, wie sich leithin herausgestellt hat, vom Polizeicommissar Schöne erwirkte und vom Berliner Polizeipräsidenten vollzogene Auflösung der Berliner socialdemokratischen Parteiorganisationen unterliegt der richterlichen Nachprüfung in einer Verhandlung, welche heute vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I, der früheren Brausewetterkammer, begann. Die Auflösung erfolgte durch Verfügung des Polizeipräsidenten vom 29. November 1895 auf Grund des § 8 der Verordnung über die Verführung eines die gesellschaftliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinsrechts und es wurden die sechs socialdemokratischen Wahlvereine für die Berliner Reichstags-Wahlkreise, die Kreiscommission, die Agitationscommission, die Socialdemission und wie die Staatsanwaltschaft sich ausdrückt, „der Verein der socialdemokratischen Vertrauensmänner“ sowie der Parteivorstand der socialdemokratischen Partei Deutschlands vorläufig geschlossen.
 Die fünfte Strafkammer des Landgerichts I hat dann am 11. December vorigen Jahres beschlossen, daß die erfolgte vorläufige Schließung bis zum gerichtlichen Erkenntnis in der Hauptsache fortzudauern hat. Die Anklagebehörde betrachtet die sämtlichen vorbenannten Vereine und Commissionen als politische Vereine und behauptet, daß sich alle eines
 (Fortsetzung in der Beilage.)

Vergehen gegen das preussische Vereinsgesetz schuldig gemacht haben, weil sie mit einander in Verbindung getreten seien. Die Wahlvereine hätten sich nicht auf die Vorbereitung von thatsächlich anstehenden Wahlen beschränkt, sondern seien außerhalb der Wahlzeit politisch thätig gewesen. Auch die Prekommission sei ein politischer Verein, denn sie hatte über den „localpolitischen“ Theil des „Vorwärts“ Kontrolle zu üben. Die Agitationscommission für die Provinz Brandenburg hatte die Ausbreitung socialdemokratischer Ideen auf dem Lande in die geeigneten Wege zu leiten. Die Localcommission ermittelte die Gastwirthe, welche ihre Säle zu politischen Versammlungen hergeben, veröffentlichte die Namen dieser Gastwirthe und warnte vor den anderen. Die Parteileitung war in den §§ 13-16 des Organisationsstatut, das auf dem Parteitage zu Halle 1890 genehmigt worden ist, eingerichtet und bestand aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassirer und sieben Controlleuren. Sie besorgte die Parteigeschäfte, contrahirte die Parteizeitungen, berief die Parteitage. Das sich der Parteivorstand selbst als ein politischer Verein ansah, soll aus einem sogenannten geheimen Circular hervorgehen, das an alle Vertrauenspersonen vom Parteivorstand verschickt worden ist und bei den der Organisationsaufstellung vorangegangenen Massenhausdurchsuchungen hier und da gefunden worden ist. Von den Vertrauenspersonen aber sagt die Anklage, sie seien lediglich um das Gesetz zu umgehen geschaffen worden, doch eine Verbindung zwischen den einzelnen Vereinen zu ermöglichen. In dem erwähnten Circular seien die Vertrauenspersonen allerdings ausdrücklich gewarnt worden, mit den Wahlvereinen in Verbindung zu treten. In Wirklichkeit sei das aber doch geschehen.

Das Material für das verbotene angebliche Zusammenhalten der politischen Vereine hat die Polizei durch zahlreiche Spitzel beschafft, die eine große Anzahl von Zusammenkünften und Verhandlungen mit diesen Zusammenkünften ausponiriert haben, außerdem sind als Belastungsmaterial Mittheilungen des „Vorwärts“, Parteitagsprotokolle und vor allem eine Menge bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmter Akten, Quittungsbücher, Sammelbons etc. herbeigeschafft worden. Ueber die Parteileitung ist ermittelt worden, daß auf dem Parteitage zu Breslau im October 1895 die Abgg. Bebel und Singer als Vorsitzende, die Abgg. Auer und Pfannkuch als Schriftführer, der Abg. Gerlich als Kassirer und der Gastwirth Theodor Meyner als in Berlin ansässiger Controlleur gewählt worden sind. Die übrigen Controlleure wohnen außerhalb Berlins und deshalb bildeten die eben genannten Personen einen besonderen Vorstand. Da ihre Thätigkeit auf einem gemeinsamen Willen beruht, so soll jeder Einzelne auch für die gesammte Thätigkeit des Vorstandes verantwortlich sein. Der Vorstand habe von einer großen Anzahl Vereinen Geldbeträge in Empfang genommen, und seinerseits wieder an Andere Unterstützungen gethan, sagt die Anklage und zum Beweise verweist sie auf die vom Parteivorstand herausgegebene Uebersicht der offiziellen Beiträge der einzelnen Wahlkreise. Es liegt hier ein offenkundiger Widerspruch vor, der die Verhandlung sehr bald aufklären dürfte, denn die Beiträge aus den einzelnen Wahlkreisen sind freiwillige Geldspenden aus dem großen Kreise der Parteianhänger, deren Zahl 20 und 30 Mal größer ist als die Zahl der in den Wahlvereinen organisirten Mitglieder. Diese Mitglieder zahlen wohl auch Vereinsbeiträge, aber der Parteivorstand hat sich natürlich ängstlich gehütet, von diesen regelmäßigen Vereinsbeiträgen, nur einen Pfennig in die Parteikasse fließen zu lassen. Die Anklage sagt weiter, Gerlich war Kassirer, aber Auer und Pfannkuch hatten stets vertretungsweise Gelder in Empfang genommen. In der letzten Weite wie jetzt Gerlich habe früher Bebel die Kassengeschäfte geführt. Auch mit der Prekommission habe der Vorstand Verbindung unterhalten. Bei Auer sind Briefe beschlagnahmt worden, aus denen die Verbindung und solche mit anderen Vereinen hervorgehen soll. Bei Singer ist ein Schreiben des Arbeiterbildungsvereins Furtwangen beschlagnahmt worden, auf das er eigenhändig die verätherischen Worte geschrieben hatte: „Der neuen Parteileitung überwiegen.“

Interessante Aufschlüsse werden die Polizeibeamten über die sogenannte Corpore-Organisation geben müssen. Wie die Anklage ausführt, hat die Polizei nämlich ermittelt, daß neben der öffentlichen Organisation eine innere Organisation besteht, welche vor dem Polizeipräsidium geheim gehalten aber von den Vertrauenspersonen geleitet wird. Diese innere Organisation soll für den Fall der Auflösung der öffentlichen Organisation gebildet worden sein und soll die Leitung der Parteitage übernehmen auch sofort nach der Schließung am 29. November übernommen haben. Ihre geheime Thätigkeit soll sich auf die Verbindung interner Parteitage, auf die Leitung der Parteitage, auf die Besprechung von Parteigeschäften, wie die Verhandlung über Beschwerden privater Natur, die Verbreitung verbotener Schriften u. s. w., namentlich aber auf die Vorbereitung der Wahlen für die Vorstände und die Parteitage delegirten erstreckt haben. Die Vertrauenspersonen sollen vielfach zusammengetreten sein und die Polizei hat fünfzehn solcher Zusammenkünfte ermittelt. Staatsgefährliche Dinge sind in diesen Zusammenkünften nicht verhandelt worden, sehr häufig handelte es sich nur um die Bestellung von Referenten für Versammlungen oder um Beschwerden ganz privater Natur, die sich zur Erörterung in öffentlichen Versammlungen nicht eigneten. Andere als solche harmlose Verhandlungsstoffe hat nach der Anklage die Polizei nicht auszufundlichen vermocht. Inmerhin muß der politische Apparat recht gut functionirt haben, denn es sind sogar politische „Vertrauenspersonen“ ganz genau von Besprechungen unterrichtet worden, die in den Expeditions- und Redaktionsräumen des „Vorwärts“ stattgefunden haben und es ist nicht nur der sogenannte Berathungsgegenstand ermittelt, sondern sämtliche Theilnehmer der Besprechung figuriren namentlich in der Anklageschrift.

Den Vertrauenspersonen wird zur Last gelegt, daß sie sehr oft Versammlungen einberufen haben, an denen sich auch Mitglieder anderer Vereine betheiligen haben. Als sehr bedauerlich wird ihnen die Forderung ausgesetzt, die sie am 2. September 1895 an die französischen Socialdemokraten in Paris gerichtet haben.

Die Anklage will ferner den Beweis liefern, daß an den Sitzungen der Prekommission regelmäßig Mitglieder des Parteivorstandes theilgenommen haben. Aus einem bei Antrid beschlagnahmten Circular soll schließlich hervorgehen, daß die Wahlvereine einzelnen Vertrauenspersonen Geldbeträge „zur Agitation“ überwiesen haben. Auch das soll einen Beweis für die Unterhaltung einer strafbaren Verbindung abgeben.

Die Anklage wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz ist nun gegen sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes, gegen die Vorsitzenden der Prez., Agitations- und Localcommission, gegen die Vorstände der sechs Wahlvereine und gegen sämtliche Vertrauenspersonen erhoben worden.

- Im Ganzen gieren 47 Personen die Anklagebank und zwar:
1. Der Reichstagsabgeordnete Ignaz Auer.
 2. Der Reichstagsabgeordnete August Bebel.
 3. Der Reichstagsabgeordnete Paul Singer.
 4. Der Parteisekretär Tischler Wilhelm Pfannkuch.
 5. Der Reichstagsabgeordnete Albin Gerlich.
 6. Der Restaurateur Theodor Meyner.
- Als Mitglieder des Parteivorstandes:
7. Tischlergehilfe Franz Pösch.
 8. Buchbindermeister Carl Dimmich.
 9. Glasermeister Carl Scholtz.
- Als Vorsitzende der Prez., Agitations- und Localcommission:
10. Hausdiener Arthur Pöhlitz.
 11. Klempner Carl Petermann.
 12. Tischlermeister und Kassirer des Wahlvereins im 1. Wahlkreise.
 13. Schneider August Lätzerow.
 14. Tischlermeister Friedrich Folgentreff.

- Als Vertrauenspersonen im 1. Wahlkreise:
14. Cigarrenfabrikant Otto Antrid.
 15. Schuhmacher Erich Lange.
 16. Tischler Paul Griefe.
- Als Vorsitzender, Schriftführer und Kassirer im Wahlverein des 2. Wahlkreises:
17. Gastwirth Hermann Werner.
 18. Die Gürtlerfrau Emma Scholtz.
 19. Tischler Wilhelm Schlichting.
- Als Vertrauenspersonen im 2. Wahlkreise:
20. Gelbgießer Otto Kräfer.
 21. Arbeiter Oscar Mahle.
 22. Tischlermeister Albert Harndt.
- Als Vorsitzender, Schriftführer und Kassirer im Wahlverein des 3. Wahlkreises:
23. Tischlergehilfe Wilhelm Georgi.
 24. Tischlergehilfe Stephan Friß.
- Als Vertrauenspersonen des 3. Wahlkreises:
25. Schankwirth Wilhelm Erbe.
 26. Tischlergehilfe Adolf Rungge.
 27. Schankwirth Otto Häbel.
- Als Vorsitzender, Schriftführer und Kassirer des Wahlvereins im 4. Wahlkreise:
28. Schankwirth Heinrich Baumgarten.
 29. Tischlergehilfe Franz Thiele.
 30. Strumpfwirker Robert Wengelt.
 31. Rohrleger Wilhelm Gurtische.
 32. Schriftführer Franz Schulze.
 33. Schankwirth Hermann Polze.
 34. Näherin Dittlie Baader.
- Als Vertrauenspersonen im 4. Wahlkreise:
35. Cigarrenhändler Robert Drescher.
 36. Pantinenmacher Robert Richter.
- Als Vorsitzender und Kassirer des Wahlvereins im 5. Wahlkreise:
37. Maler Paul Häbner.
 38. Schriftführer Carl Teufert.
- Als Vertrauenspersonen im 5. Wahlkreise:
39. Schriftführer Eugen Ernst.
 40. Cigarrenarbeiter Max Kiesel.
 41. Arbeiter Emil Schuhmann.
 42. Tischlergehilfe Paul Krön.
- Als Vorsitzender, früherer Vorsitzender, Schriftführer und Kassirer des Wahlvereins im 6. Wahlkreise:
43. Schankwirth Johann Pfarr.
 44. Schankwirth Richard Augustin.
 45. Verbergehilfe Wilhelm Brinkmann.
 46. Barbier Carl Wilhelm Helbig.
 47. Milchhändler Friedrich Waschkowsky.

Die beiden Frauen sind angeklagt, als Frauen einem politischen Verein als Mitglieder angehört zu haben. Historisches Interesse dürfte die Vorstrafen einiger Angeklagten erwecken. So ist Abg. Auer 1873 wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung mit 30 Jahren eventuell 10 Tagen Gefängniß bestraft worden, außerdem 1881 wegen Vergehens gegen das Socialistengesetz mit 20 Mark eventuell 2 Tagen Haft, 1886 durch Urteil des Landgerichts Freiberg wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung mit 9 Monaten Gefängniß. Bebel ist verurtheilt vom Bezirksgericht Leipzig wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren mit 3 Wochen Gefängniß, 2. vom Schwurgericht Leipzig 1872 wegen Vorbereitung zum Hochverrath mit 2 Jahren Festung, 3. vom Bezirksgericht Leipzig 1872 wegen Majestätsbeleidigung mit 9 Monaten Gefängniß, 4. vom Stadtgericht Berlin 1877 wegen Beleidigung des Reichskanzlers mit 2 Monaten Gefängniß, 5. vom Landgericht Leipzig 1880 wegen Beleidigung des Bundesrats und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen mit 2 Monaten Gefängniß, 6. von demselben Gericht 1883 wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen mit 4 Monaten Gefängniß, 7. vom Landgericht Mannheim am 1. Juli 1886 wegen Vergehens gegen das badische Vereinsgesetz mit 15 Mt. Geldstrafe und 8. vom Landgericht Freiberg wegen Geheimbündelei mit 9 Monaten Gefängniß. Abg. Singer ist noch nicht bestraft, wegen politischer Vergehen, Gewerbecontraventions und großen Unfugs vorbestraft.

Hauptzeuge wird der Criminalcommissar Schöne sein, außerdem eine Anzahl Criminalspitzleute. Den Vorsitz im Gerichtschofe führt Landgerichtsrath Kaeffer, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Drecher. Als Vertheidiger fungiren Justizrath August Mundel und die Rechtsanwälte Wolfgang, Heine und Herzfeld. Bemerk sei noch, daß die angeklagten Reichstagsmitglieder auf ihre Rechte, das Verfahren von der Genehmigung des Reichstages abhängig zu machen, verzichtet haben.

(Fortsetzung folgt)

Locales.

Breslau, den 15. Mai 1896

Parteigenossen und Genossen!

Nachdem sich die Agitation für die „Volkswacht“ in laufender Woche gütlich gestellt hat, gilt es nunmehr auf dem mit Erfolg eingeschlagenen Wege unermüdet fortzuschreiten und sowohl die Bezirke wie die Versammlungsagitation thätig weiterzuführen.

Wir fordern deshalb alle unsere Mitkämpfer und Mitkämpferinnen — und ganz besonders auch diejenigen, die bisher bei der Agitation für die „Volkswacht“ gefehlt haben! — auf's dringendste auf, Sonntag, den 17. Mai, früh zwischen 8 und 10 Uhr — je eher, desto besser! — an dem brüchlich bekannt gegebenen oder in der Expedition, Arme Graupenhirze 5/6, zu ersagenden Orte zu erscheinen und möglichst viele Freunde und Arbeitsgenossen mitzubringen.

Ehrenpflicht ist es für jeden Klassenbewußten Proletarier an unserer ebenso unumgänglich nöthigen als erfolgreichen Wirkksamkeit theilzunehmen.

Mit socialdemokratischem Gruß

Die Siebener-Commission
Verlag und Redaction der „Volkswacht“.

Achtung Futarbeiter und Arbeiterinnen!

In Dresden sind eine Anzahl Kollegen wegen Lohn-Differenzen ausständig. In hiesigen Blättern sucht die Firma Freund und Krebs Füllzieher und Büglerinnen, welche für Dresden engagirt werden sollen. In den betreffenden Inseraten ist dies jedoch nicht angegeben, vielmehr soll der Anschein erweckt werden, daß obige Firma diese Arbeiter und Arbeiterinnen für ihren eigenen Bedarf suche. Dies ist nichts denn Täuschung. Wir machen deshalb ausdrücklich darauf aufmerksam, daß in Dresden Streik ist!

Die Commission.

Zur Lage des Streiks.

Die Sachlage liegt gegenwärtig für die streikenden Maurer und Bauarbeiter sehr günstig und bald dürften die Unternehmer, die hartnäckig noch auf ihren Schein bestehen, klein nachgeben. Wir hören nämlich, daß am Mittwoch, den 13. Mai Vormittags, unter dem Vorsitz des Stadt Syndicus Götz, dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Meister und Gesellen eine längere Unterredung hatten, die zwar ein Resultat noch nicht ergeben, wohl aber den Beweis liefert, daß die Herren Arbeitgeber denn doch anfangen, einzusehen, daß ihre Einschüchterungsversuche nicht den Zweck erreichen, den sie sich eingebildet hatten. Wir wissen zwar nicht, ob die Veranlassung zu dieser Zusammenkunft aus der Initiative des Syndicus entsprungen, oder ob die Anregung von den Meistern ausgegangen, so viel aber wissen wir, daß die Stadt auf Vollendung des Baues des städtischen Schlachthofes, wie auch sonstige städtische Bauten, sehr drängt und brängen muß, da sonst die Eröffnung des Schlachthofes nicht zur bestimmten Zeit erfolgen kann.

An der Berathung nahmen Theil von den Meistern die Herren Simon, Härtel, Zimmer und Desterling, von den Maurern die Kollegen Bäder, Kose, Schirmer und Eise, von den Bauarbeitern die Kollegen Meier, Lucas, Thiel und Winkler. Die Debatten wurden in etwas scharfer Weise geführt. Wir wollen vorläufig über dieselben hinweggehen und nur eine Besprechung der Ausführungen der Meister, besonders des Maurermeisters Simon, für eine geeignetere Zeit aufheben. Wir erwähnen nur noch, daß die Meister bei den Lohnsätzen von 37 Pfennigen verharren und von der zehnstündigen Arbeitszeit nichts wissen wollen. Nun, daß diese Herren nicht ohne weiteres sofort die Bedingungen erfüllen werden, das können sich Jeder denken, aber das hat gar nichts zu sagen, die Leute drücken so lange es eben geht, lange geht es aber nicht mehr und dann müssen sie nachgeben. Das ist der Standpunkt, auf dem wir stehen. Die Streikenden brauchen die Sache durchaus nicht zu überlegen, sondern sie können ruhig abwarten, bis wieder eine Einladung an sie ergeht. Der Stundenlohn von 40 Pfennigen und die zehnstündige Arbeitszeit ist eine solche billige, gerechte Forderung, daß weder Syndicus Götz, noch ein anderer Gewerbeichter, wenn der Streik vor das Forum des Einigungsamts käme, derselben die Berechtigung abspreschen könnte. Einmüthigkeit unter den Arbeitsbrüder wird ihnen sicher den Sieg verleihen.

Wichtig für Gewerbegerichtsbesitzer.

Die Monatschrift: „Das Gewerbegericht“ ist durch die Expedition der „Volkswacht“ zum Preise von 10 Pfennig zu beziehen und ersuchen wir die Gewerbegerichtsbesitzer, rechtzeitig darauf Bestellung zu machen.

Ueber das Vermögen des Rechtsanwalts Dr. Berkowig ist am Mittwoch der gerichtliche Conkurs eröffnet worden. Den Bemühungen der Angehörigen ist es nicht gelungen, die verwickelten Vermögensangelegenheiten ohne Hilfe des Gerichts zu ordnen. Dr. Berkowig befindet sich gegenwärtig in einer sogenannten „maison de santé“ in Berlin in Behandlung.

Stadt-Theater. Heute, Freitag, schließt die Opernsaison mit dem letzten Theile der Nibelungen-Trilogie „Götterdämmerung“ in der bewährten Besetzung mit den Herren Brügger, Schwarz, Elmblad, Mühlmann und den Damen Sedmair, Kramer, Fiora, Großmann, Weiner, Behne. Die Vorstellung beginnt um 6 und endet gegen 10 Uhr. — Sonnabend beginnt der kaiserliche Hofschauspieler und Regisseur des Wiener Burgtheaters Joseph Lewinsky sein dreitägiges Gastspiel als Jago in Shakespeares Tragödie „Othello“. Der berühmte Gast ist seit 23 Jahren nicht mehr in Breslau als Schauspieler aufgetreten. Sonntag gastirt Herr Lewinsky als Nathan in dem leistungsfähigen Drama „Nathan der Weise“. Der dritte Tag des Gastspiels giebt Gelegenheit zur Vorführung des hier noch nicht aufgeführten Schauspiel „Cardillac“ von Otto Ludwig nach Hoffmanns Erzählung „Das Fräulein von Scudari“. Der Gast spielt die Titelrolle. Benutzt wird das Wiener Regiebuch, dem die Bühnenbearbeitung von S. Chr. Otto zu Grunde gelegt ist. Das Gastspiel findet im Monnerent statt. Von behalten ihre Gültigkeit. Am 18. Mai schließt die diesjährige Saison.

Lobe-Theater. Die lebende Brücke. Am 16. Mai beginnt das Ensemble des Hamburger Volkstheaters ein kurzes Gastspiel im Lobe-Theater mit dem englischen Madam „Die lebende Brücke“. Das Stück gehört zu der Gattung der Ausstattungsstücke mit sensationeller Handlung, farbenprächtigen Decorationen und großer Komparterie, wie sie in Amerika und England beliebt sind. „Die lebende Brücke“ ist so effectvoll verfaßt, daß sie auch in Deutschland großes Aufsehen erregt und überall, wo sie bisher aufgeführt worden ist, ausverkauft Häuser gefunden hat. Die Begebenheiten sind romantisch gezeichnet, im Momente der höchsten Spannung wird auf der Bühne eine lebende Brücke hergestellt, ein echter Eric veritabler Gymnastiker. Das Gastspiel ist nur auf wenige Tage berechnet, da die Gesellschaft am 1. Juni bereits in Wien Vorstellungen giebt.

Vermiss. Der 25 Jahre alte Schärfer Oskar Andreech hat am 6. d. Mts. seine Wohnung, Universitätsplatz 5, verlassen und wird seit dieser Zeit vermisst. Er hat blondes Haar, blonden Schnurrbart und trug bei seinem Weggange dunklen Anzug und dunklen Sommerüberzieher.

Zur Recognition. Am 30. d. Mts. schoß sich in einem Hotel in Liegnitz ein alterer Herr eine Kugel in den Kopf und ist am nächsten Tage verstorben. Der Entsetzte, dessen Identität noch nicht festgestellt ist, hat blonden Schnurrbart, graumelirtes Haar und ist mit braunem Paletot, blauem Kammergarn-Jaquet, dunkelblauer Kammerweste, hellgrauer Hose, braunem Hut und Gamschen bekleidet. Die Wamsche tragen den Firmennamen G. Daeglar, Breslau, Schuhstraße 21. Ein Strumpf ist gezeichnet A. P. 6, das Taschentuch A. W. 3. — Am 4. d. Mts. Vormittags, wurde auf dem Oberbaum in der Nähe der Bräueri Bergkeller eine Frau in schwerstem Zustand aufgefunden. Auf dem Transport in das Allerheiligen-Hospital ist dieselbe verstorben. Bis jetzt hat ihre Identität nicht festgestellt werden können. Die Frau ist etwa 50 Jahre alt, groß, kräftig, hat braunes Haar und ist mit blau-graueisenfarbener schwarzer Rock, weißem Hemd, braunen Strümpfen und Leberschuhen bekleidet. Zur Recognition dienende Angaben sind im Zimmer 11 des Polizei-Präsidiums zu machen.

Feuer. Am 12. d. Mts., Mittags 1 Uhr 10 Minuten, wurde die Feuerweh nach Pohrerstraße 10 gerufen. In einer

